8. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In wie vielen Fällen hat die Bundesregierung im Jahr 2014 Unternehmen, von denen sie weiß, dass gegen sie staatsanwaltliche Ermittlungen laufen, Genehmigungen zum Export von Kriegswaffen oder sonstigen Rüstungsgütern erteilt, und wieso ist sie jeweils zu dem Schluss gelangt, dass das Unternehmen die notwendige Zuverlässigkeit im Sinne der „Grundsätze der Bundesregierung zur Prüfung der Zuverlässigkeit von Exporteuren von Kriegswaffen und rüstungsrelevanten Gütern“ aufweist, obwohl der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, in seiner Rede bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 8. Oktober 2014 ausdrücklich erklärt hat, dass die Bundesregierung bei der Zuverlässigkeitsprüfung des Exporteurs im Falle von staatsanwaltlichen Ermittlungen keinen Ermessensspielraum hat?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Brigitte Zypries vom 18. Dezember 2014

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) haben in Einzelfällen Kenntnis über staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren.

Dies geschieht durch Anfragen und Mitteilungen der Ermittlungsbehörden bzw. der Staatsanwaltschaften. Ferner erhalten sie durch Presseberichterstattung Kenntnis. Die Daten über Ermittlungsverfahren stehen nicht in kompilierter Form zur Verfügung und können aufgrund der jeweils unterschiedlichen Einzelfälle auch kurzfristig nicht sinnvoll aggregiert werden. Eine Beantwortung der Schriftlichen Frage würde eine umfangreiche Auswertung der Aktenbestände erforderlich machen, die innerhalb der für die Beantwortung der Schriftlichen Frage zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich ist.

9. Abgeordneter **Peter Meiwald** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit ist im Referentenentwurf für die Reform des Bergrechts eine Regelung für Kavernen hinsichtlich der Bergschadenshaftung auf den Bohrlochbergbau und Kavernen enthalten, die speziell auf die Kavernen bei Jemgum zugeschnitten ist, und was beinhaltet diese (www.oz-online.de/-news/artikel/136295/Anlieger-duerfen-auf-Entschaedigung-hoffen)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Brigitte Zypries vom 18. Dezember 2014

Nach den Entwürfen zur Ausdehnung der Bergschadenshaftung auf den Bohrlochbergbau und Kavernen sollen die Regelungen zur Haftung für Bergschäden auch auf Kavernen (künstlich geschaffene Untergrundspeicher) anzuwenden sein und zusätzlich die Bergschadens-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.